



Frauenlobby beim Landesfest
Seite 5

Fortschritt wagen – Frauen in Führung

Empfang für den Landesfrauenrat

Seite 6



Wahlprüfsteine zur
Landtagswahl
Seite 11



EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

am 12. Juni 2022 begrüßte Ministerpräsident **Stephan Weil** die Vertreterinnen der Frauenverbände im Gästehaus der Niedersächsischen Landesregierung. Gemeinsam mit Gleichstellungsministerin **Daniela Behrens** sprach er wichtige gleichstellungspolitische Vorhaben der Landesregierung an. **Dr. Barbara Hartung**, stellvertretende Vorsitzende des Landesfrauenrates sprach in Vertretung der Vorsitzenden das Grußwort für die Frauenlobby. Parität, Gleichstellungsstrategie, Reform des NGG, geschlechtergerechte Digitalisierung – bei der Umsetzung wichtiger gleichstellungspolitischer Themen bleibt viel zu tun.

Zur Landtagswahl am 9. Oktober veröffentlichte der Landesfrauenrat gemeinsam mit der LAG Gleichstellung frauenpolitische **Wahlprüfsteine** und forderte die Parteien zur Stellungnahme auf. Unsere Wahlprüfsteine und die Antworten der Parteien sind auf unserer Website www.landesfrauenrat-nds.de nachzulesen. Weiterhin informieren wir aktuell auf unseren Social Media Seiten und laden am 7. September die Spitzenkandidatinnen ein zur Podiumsdiskussion „Frauen entscheiden die Wahl!“.



Foto: Erika Ehlerding

INHALT

EDITORIAL

LANDESFRAUENRAT

Delegiertenversammlung tagt online Antje Peters	3
Sabine Dolezalek (1929-2022)	4
„Demokratie meint dich!“ Maïke Reimann	4
Frauenlobby beim Landesfest M. Reimann, F. Apelt	5
Fortschritt wagen Antje Peters	6
Neuigkeiten aus den frauenORTEN Friederike Apelt	7

FRAUEN & POLITIK

Konferenz der Landesfrauenräte 2022 FrauenRat NRW	9
15 Jahre Dialoginitiative Dr. Barbara Hartung	10
Wahlprüfsteine zur Landtagswahl	11

STIMMEN DER VERBÄNDE

Gleicher Lohn, gleiche Anerkennung, gleiche Chancen DGB....	11
Frauenforum 2022 SoVD	12
Frauen stärken NLV	13
Frauen in Führungspositionen FidAR.....	14
Frauen müssen sichtbarer werden Frauenräume in Celle.....	14
Pflegeberufe entlasten DBfK.....	15
Zeitenwende in der Sozialen Arbeit profamilia.....	15
Digitale Schwangerschaftsberatung Donum vitae	16
Bundesweite „Frauenhaus suche“ LAG autonome Frauenhäuser ..	17
Abschlusstagung der Koordinierungsstelle Verbund	18

IMPRESSUM

Podcast „fifty fifty“ Impressum	19
---	----



DELEGIERTENVERSAMMLUNG TAGT ONLINE



Nicole van der Made Foto: Sven Brauer

Neu im Vorstand

Bei der 1. Delegiertenversammlung am 19. März 2022 stand die Nachwahl eines Vorstandsmitglieds an. Gewählt wurde **Nicole van der Made** (Ronnenberg) von der LAG Frauenpolitik BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN. Die gelernte Tischlergesellin war 18 Jahre im eigenen Handwerksbetrieb tätig. Heute arbeitet sie in der Gewaltprävention zu „Häuslicher Gewalt“, ist Projektleiterin und koordiniert ein landesweites Modellprojekt zur Begleitung und Umsetzung der Istanbul-Konvention im Männerbüro Hannover e.V. „Aktiv Entwicklungen mitzugestalten ist mir ein besonderes Anliegen.“, sagt die Mutter von zwei Töchtern, die

sich als Mitglied der Regionsversammlung der Region Hannover vielfach politisch engagiert.

Bei der Wahl der Gremienvertreterin für die Versammlung der Niedersächsischen Landesmedienanstalt (NLM) wurde **Brigitta Franke** (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) wiedergewählt.

Neuer Mitgliedsverband

Die „Frauenselbsthilfe Krebs, Landesverband Niedersachsen/Bremen/Hamburg e.V.“ wurde vorgestellt von der Vorsitzenden **Heide Lakemann** und **Rosa Weinand**, die den Verein zukünftig als Delegierte im Landesfrauenrat vertritt. Die Selbsthilfeorganisation hilft Krebspatientinnen und ihren Angehörigen aus der Sicht der Betroffenenkompetenz, fängt auf, informiert und begleitet in Gruppen, mit Infocafés, Telefonaten und Einzelgesprächen. Kontakt: Heide Lakemann, Tel 04203 709844, eMail: h.lakemann@frauenselbsthilfe.de, www.frauenselbsthilfe.de



Resolutionen verabschiedet

Die Delegierten verabschieden zwei Resolutionen. Mit der Resolution „Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen* und Mädchen* – die **Istanbul-Konvention** in Niedersachsen endlich umsetzen!“ wird die Landesregierung aufgefordert, eine ressortübergreifende Gesamtstrategie vorzulegen und Maßnahmen zu entwickeln. Die zweite Resolution „Finanzierung der Frauenhäuser stärken und gesetzlich in Niedersachsen verankern“ fordert die Landesregierung auf, die **Finanzierung der Frauenhäuser** von einer freiwilligen Leistung auf eine gesetzliche Regelung umzustellen.

Weiterhin hören die Delegierten den Bericht der Kassenprüferinnen, entlasten den Vorstand und beschließen den Haushalt 2023. Die Gremienvertreterinnen berichten aus ihrer Arbeit und die Verbandsvertreterinnen stellen ihre aktuellen Projekte vor. Nach zwei Stunden schließt die Vorsitzende Marion Övermöhle-Mühlbach die Online-DV und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit.

www.landesfrauenrat-nds.de

Solidaritätsadresse: Stoppt den Krieg in der Ukraine – Frieden, Freiheit und Menschenrechte stärken!

Die Delegierten des Landesfrauenrates verurteilen aufs Schärfste den völkerrechtswidrigen Angriff der russischen Regierung auf den souveränen Staat der Ukraine. Wir solidarisieren uns mit den Menschen in der Ukraine, die täglich um ihr Leben fürchten. In Gedanken sind wir vor allem bei den Menschen, die im Konflikt bereits jemanden verloren haben. Wir solidarisieren uns mit all denjenigen, die wegen des Krieges auf der Flucht sind. Zugleich solidarisieren wir uns mit den Menschen in Russland, die trotz der Gefahr einer Inhaftierung gegen den Krieg protestieren.

Wir fordern die politischen Entscheidungsträger*innen zur Umsetzung der notwendigen Sanktionen auf, zur humanitären Hilfe für die Bevölkerung und Unterstützung für alle Menschen auf der Flucht.

Krieg und damit einhergehend Vertreibung und Flucht bedeuten für Frauen und Mädchen immer die Bedrohung durch sexualisierte Gewalt und Ausbeutung. Krieg bedeutet für viele Frauen und Mädchen auch den Anstieg von häuslicher Gewalt, Traumatisierungen und ein mögliches Ausgeliefert-Sein in neue Gewaltstrukturen. Wir fordern, dass entsprechend der UN-Resolution 1325 Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt geschützt werden.

Wir fordern die politisch Verantwortlichen in Deutschland und der EU auf, die Arbeit der Frauenrechtsorganisationen und Schutzeinrichtungen für alle gewaltbetroffenen Frauen und ihre Kinder in der Ukraine finanziell zu unterstützen und auszuweiten. Daneben müssen alle vor dem Krieg in der Ukraine flüchtenden Menschen unabhängig von Aufenthaltsstatus, Herkunft, Behinderung, Geschlecht oder

Religion, die in Europa und Deutschland Zuflucht suchen, unkompliziert Aufnahme finden. Erst nach der Ankunft in Deutschland trauen sich viele Frauen über die erlebte Gewalt zu berichten und hier ist eine kompetente Beratung zwingend erforderlich.

Wir fordern eine feministische Politik die eine Abkehr von der Fokussierung auf militärische Gewalt, Dominanz und Unterdrückung ermöglicht. Für eine nachhaltige Politik, die auf langfristigen Frieden und Deeskalation in Europa abzielt, ist die stärkere Beteiligung von Frauen und die Einbindung ihrer Expertise unabdingbar, wie es die völkerrechtlich bindende UN-Resolution 1325 postuliert. Gemeinsam treten wir ein für Frieden, Freiheit und Menschenrechte in Europa.

Hannover, 19. März 2022



SABINE DOLEZALEK (1929-2022)



Foto: Erika Eherding

Sabine Dolezalek ist am 15. Mai leider verstorben. Die frühere Vorsitzende und Fördermitglied des Landesfrauenrates Niedersachsen e.V. wird fehlen. Die Lehrerin aus Gehrden war seit den 1970er Jahren frauenpolitisch vielfach engagiert und als Delegierte der „Weltorganisation der Mütter aller Nationen“ im Landesfrauenrat aktiv. Von 1987 bis 1990 war sie Vorsitzende des Landesfrauenrates, dessen Vorstand sie seit 1977 in verschiedenen Funktionen angehörte.

Mehr Frauen in die Politik war ihr ein besonders wichtiges Anliegen ebenso wie die enge Zusammenarbeit mit den kommunalen Frauenbeauf-

tragten, die gerade mit ihrer Arbeit begannen. Eine besondere Herausforderung war nach dem Fall der Mauer auch die erste Begegnung mit Frauen aus Sachsen-Anhalt. An den vom Bund organisierten Frauenbörsen beteiligten sich Frauen aus niedersächsischen Frauenverbänden intensiv.

Sabine Dolezalek hat weit über ihre aktive Vorstandsarbeit hinaus die Arbeit des Landesfrauenrates begleitet, interessiert und zugewandt. Für ihr ehrenamtliches Engagement für die Frauenpolitik in Niedersachsen wurde sie mit dem Niedersächsischen Verdienstorden ausgezeichnet.

DEMOKRATIE MEINT DICH!

Infostand beim LandesLandFrauenTag in Hildesheim

Am 5. Mai 2022 fand der LandesLandFrauenTag in Hildesheim statt. Es wurde in Teilen die Auftaktveranstaltung des 2020 gestarteten Projekts „Demokratie meint dich – Frauen fair-treten im ländlichen Raum?“ des Niedersächsischen LandFrauenverbandes Hannover e.V. (NLV) nachgeholt. Den Festvortrag hielt Bundespräsident a.D. Christian Wulff zum Thema „Liebe und Hass – Gedanken zur Demokratie“. Grußworte gab es von der Niedersächsischen Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Daniela Behrens, sowie einen Beitrag zum Thema Ehrenamt im Fokus von der Niedersächsischen Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Barbara Otte-Kinast.

Der Landesfrauenrat hatte im Rahmen der an die Festveranstaltung angelehnte Messe die Gelegenheit ins Gespräch zu kommen und die Wanderausstellung „Wir haben die Wahl! 100 Jahre Frauenwahlrecht – 100 Jahre Aufbruch“ und die Initiative frauenORTE Niedersachsen zu präsentieren.



Ministerin Daniela Behrens, Ingeborg Cramm und Marion Övermöhle-Mühlbach vom LFRN-Vorstand, Ministerin Barbara Otte-Kinast (v.l.).

Foto: LFRN



FRAUENLOBBY BEIM LANDESFEST

Rund 500.000 Besucher*innen feierten vom 10. bis 12. Juni auf dem Tag der Niedersachsen unter dem Motto „Stadt. Land. Fest.“ in der Landeshauptstadt Hannover die Vielfalt Niedersachsens. Unter den rund 250 Aussteller*innen war auch der Landesfrauenrat. Zahlreiche Vertreter*innen der Mitgliedsverbände und Gäste nutzen die Möglichkeit am Infostand zum direkten Austausch. Vorstand und Mitarbeiterinnen des Landesfrauenrates informierten über die frauenpolitische Arbeit des Verbandes und präsentierten die Initiative frauenORTE Niedersachsen mit einem Quiz.



Talkrunde mit Marion Övermöhle-Mühlbach, Maret Bening, Dr. Uta M. Biermann, Dr. Barbara Hartung und Marion Lenz (v.l.).

Fotos: LFRN

Talkrunde

Am Samstag präsentierte der Landesfrauenrat gemeinsam mit der LAG Gleichstellung die Frauenpolitische Talkrunde. Zu Gast war Dr. Uta M. Biermann vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung. Durch den Talk führten Marion Övermöhle-Mühlbach und Dr. Barbara Hartung gemeinsam mit Marion Lenz, Susanne Häring und Maret Bening (LAG Gleichstellung). Sie diskutierten angeregt über die Themen Frauen in Führung, Parität, Gleichstellungsstrukturen, Digitalisierung, die Umsetzung der Istanbul Konvention und den Schutz vor Gewalt sowie die flächendeckende Gesundheitsversorgung rund um die Geburt.

Frau Dr. Biermann wies hin auf die vom Ministerium geförderte und im Mai veröf-

fentlichte Studie „Women-on-Board-Index Niedersachsen“ von FidAR e.V. und die dort skizzierten Maßnahmen zur Umsetzung von mehr Frauen in Führung auf kommunaler Ebene und in den Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist. Der WoB-Index Niedersachsen ist die erste detaillierte Studie zu Frauen in Führungspositionen, die auf Landesebene eine klare Vergleichsbasis für öffentliche und privatwirtschaftliche Unternehmen schafft. Das Gleichstellungsministerium ist weiterhin gefragt bei der Umsetzung einer ressortübergreifenden landesweiten Gleichstellungsstrategie und geschlechtergerechten Digitalisierung.

frauenORTE Quiz

„Ich lasse mir nichts gefallen, und ich finde das nicht stark, ich finde das selbstverständlich.“

Wissen Sie, von welcher unserer frauenORTE-Protagonistinnen diese Aussage stammt? Mit diesem und anderen Zitaten konnten Besucher*innen an unserem Infostand testen, wie gut sie die frauenORTE kennen. Bei unserer bunten Quiz-Aktion stellten wir acht der gewürdigten Frauen auf Losen mit einem kurzen Zitat vor – und die Besucher*innen konnten raten, welches Zitat zu welcher Frau gehört.

Zugegeben: Es war nicht ganz einfach. Aber Spaß machte es allemal, mit unserem Quiz einen Einblick in die niedersächsische Frauengeschichte zu erhalten. Nicht selten sind dabei spannende Diskussionen über die derzeitigen Geschlechterrollen entstanden – über positive Veränderungen, aber auch über gleichstellungspolitische Defizite, die auch heute noch bestehen. Ganz deutlich ist geworden, dass die Initiative frauenORTE Niedersachsen auf große Resonanz stößt, unabhängig von Alter und Geschlecht. Besonders attraktiv war für die Besucher*innen der Hinweis auf die Fahrradrouen, bei denen sie von frauenORT zu frauenORT radeln können.

Übrigens: Die Auflösung für das oben genannte Zitat finden Sie hier:



Der Infostand fand viel Interesse.



FORTSCHRITT WAGEN – FRAUEN IN FÜHRUNG

Landesfrauenrat feiert 50-jähriges Bestehen nach

Mit dem Empfang am 15. Juni 2022 setzte der Landesfrauenrat – der bereits vor zwei Jahren sein 50-jähriges Bestehen feiern konnte – ein Zeichen in der Frauenlobby. Im Mai 1970 von 20 Frauenverbänden gegründet, hat der Landesfrauenrat Niedersachsen heute über 60 Mitgliedsverbände mit mehr als 2,2 Millionen organisierten Frauen.

Das Motto aus dem Jubiläumsjahr „**lfrn 5.0: solidarisch – streitbar – selbstbestimmt**“ macht deutlich, dass der Landesfrauenrat die vielfältigen Interessen der Frauen in Niedersachsen mit Nachdruck und auch streitbar gegenüber der Landespolitik vertritt.

Das Fachforum „Fortschritt wagen – mehr Frauen in Führung!“ widmete sich dem aktuellen Schwerpunktthema des Landesfrauenrates, der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in Führungspositionen von Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft. „Wir setzen uns seit Jahren für Parität ein“, so die Vorsitzende Marion Övermöhle-Mühlbach,



Talkrunde „Höchste Zeit für Parität!“ mit Alexandra Ehlers, Ita Niehaus, Daniela Behrens, Prof. Dr. Maria Wersig und Andrea Schwyzer (v.l.).
Fotos: Erika Ehlerding

„Mit Freude haben wir die paritätische Besetzung der Landeslisten von Grünen, SPD, CDU und LINKEN vernommen. Wir wissen aber auch, dass damit immer noch nicht die tatsächliche paritätische Besetzung der Parlamente erreicht wird. Deshalb fordern wir weiterhin: Höchste Zeit für Parität!“.

In ihrem Grußwort weist Niedersachsens Gleichstellungsministerin Daniela Behrens auf die diesbezüglichen Defizite in den Führungsetagen der Unternehmen hin. Der „Women-on-Board“-Index für Niedersachsen habe hier deutlichen Handlungsbedarf aufgezeigt. Denn nicht nur der Frauenan-



Teilnehmerinnen des Fachforums.



teil in den Aufsichtsgremien der 103 größten öffentlichen und privatwirtschaftlichen Unternehmen Niedersachsens liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt aller Unternehmen. Mehr als die Hälfte der Vorstandsetagen der untersuchten niedersächsischen Unternehmen sei darüber hinaus immer noch frauenfrei.

„Junge Frauen in Deutschland haben heute doppelt so häufig einen Hochschulabschluss wie die Generation ihrer Mütter. Und trotzdem kommen diese Frauen nur selten in den Führungssetagen an“, sagte die Ministerin.

Deshalb sei es gut, dass in den großen deutschen Unternehmen per Gesetz jetzt mindestens eine Frau im Vorstand sitzen müsse, wenn dieser mehr als drei Personen umfasst. „Die Quote wirkt. Mit Freiwilligkeit kommen wir hier nicht weiter. Es ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch unternehmerisch eine kluge Entscheidung, bei der Besetzung von Führungspositionen unbedingt auch auf Frauen zu setzen.“

Mit Impulsen von Prof. Dr. Maria Wersig, Präsidentin des Deutschen Juristinnenbundes und Frau Prof. Dr. Katja Lembke,

Leiterin des Niedersächsischen Landesmuseums, wurde die Diskussion zum Thema Parität vertieft.

Die Vorsitzende Marion Övermöhle-Mühlbach appellierte an die zahlreichen Vertreterinnen der Mitgliedsverbände und die Fördermitglieder, weiterhin tatkräftig und beherzt im erfolgreichen Netzwerk des Landesfrauenrates mitzuwirken. Denn: „Ein zukunftsfähiges und innovatives Niedersachsen braucht viele Frauen!“

www.landesfrauenrat-nds.de

NEUIGKEITEN AUS DEN frauenORTEN

Zwei neue Publikationen

Die Initiative frauenORTE *Niedersachsen* ist öffentlichkeitswirksam in das Jahr 2022 gestartet: Die Broschüre „Auf den Spuren bedeutender Frauen – mit 47 frauenORTEN“ stellt die aktuell 47 Standorte der Initiative vor und bietet Interessierten eine Übersicht über die kulturtouristischen Angebote. Sie ist eine aktualisierte und erweiterte Neuauflage unserer beliebten Broschüre aus dem Jahr 2020. Die Hinweise zur Erkundung per Rad sind um die 2021 eröffneten fünf neuen frauenORTE ergänzt.

Erweitert wurde unser Infomaterial außerdem um einen neuen Imageflyer. Dieser präsentiert alle wichtigen Informationen über

die landesweite Initiative und bietet auf einer Niedersachsen-Karte eine Übersicht über die aktuellen Standorte.

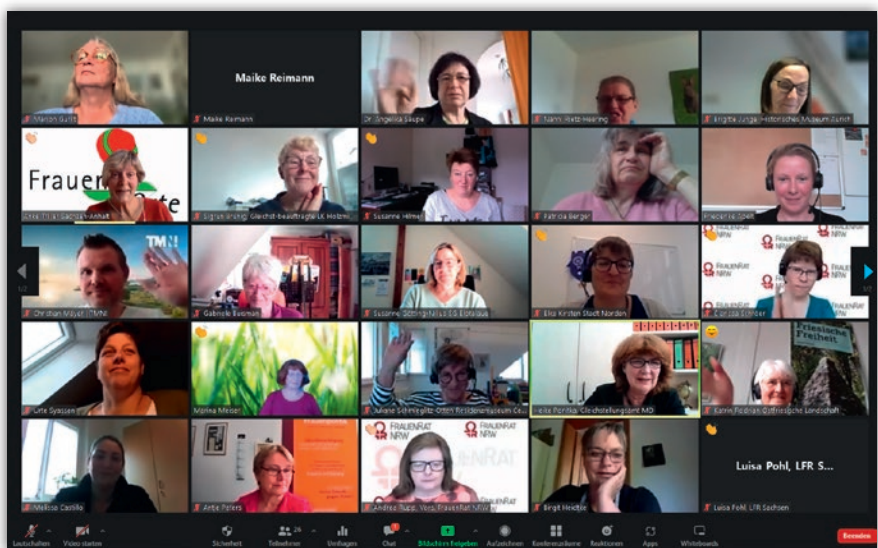
Digitales Netzwerktreffen

Am 11. Juli 2022 traf sich das frauenORTE-Netzwerk zum ersten Mal digital. Die Teilnehmer*innen diskutierten wie Social Media Plattformen genutzt werden können, um die frauenORTE noch weiter in die Öffentlichkeit zu rücken, wie Kinder und Jugendli-

che als Zielgruppe erreicht werden können und wie eine gelungene regionale Vernetzung zwischen frauenORTEN funktioniert. Als Expert*innen aus unseren frauenORTEN stellten Dr. Ingrid Holst (Gleichstellungsbeauftragte Samtgemeinde Lüchow, frauenORT Marianne Fritzen) ihren Geocaching-Rundgang und einen Plakatwettbewerb für Schüler*innen vor; Elke Kirsten (Gleichstellungsbeauftragte Stadt Norden, frauenORT Recha Freier) und Brigitte Junge



Die neue frauenORTE-Broschüre mit 47 frauenORTEN Niedersachsens.



Teilnehmer*innen des digitalen Netzwerktreffens.

Fotos: LFRN

Fortsetzung auf Seite 8 →

Fortsetzung von Seite 7

frauenORTE Niedersachsen

Landesfrauenrat Niedersachsen e.V.

QR Code

Landesfrauenrat Niedersachsen e.V.
frauenORTE
Niedersachsen

Abbildungsorten: 1. Agatheburg | 2. Agatheburg | 3. Agatheburg | 4. Aurich | 5. Aurich | 6. Aurich | 7. Aurich | 8. Aurich | 9. Aurich | 10. Aurich | 11. Aurich | 12. Aurich | 13. Aurich | 14. Aurich | 15. Aurich | 16. Aurich | 17. Aurich | 18. Aurich | 19. Aurich | 20. Aurich | 21. Aurich | 22. Aurich | 23. Aurich | 24. Aurich | 25. Aurich | 26. Aurich | 27. Aurich | 28. Aurich | 29. Aurich | 30. Aurich | 31. Aurich | 32. Aurich | 33. Aurich | 34. Aurich | 35. Aurich | 36. Aurich | 37. Aurich | 38. Aurich | 39. Aurich | 40. Aurich | 41. Aurich | 42. Aurich | 43. Aurich | 44. Aurich | 45. Aurich | 46. Aurich | 47. Aurich

Rückseite des neuen Imageflyers – 47 frauenORTE Niedersachsen auf einem Blick.

Grafik: Susanne Hilmer

(Leiterin Historisches Museum Aurich, frauenORT Ingrid Buck) präsentierten den Runden Tisch FrauenLeben in Ostfriesland als Best-Practice Beispiel für regionale Vernetzung. Wir freuen uns auf weitere Treffen und danken allen Referent*innen und Teilnehmer*innen für die fruchtbaren Diskussionen.

sowie als Flüchtlingskommissarin des neugeschaffenen Landes Niedersachsen. Zwischen 1959 und 1964 war Martha Fuchs Oberbürgermeisterin Braunschweigs. In ihrem politischen Wirken setzte sie sich für Bildung, Gerechtigkeit ein und versuchte, mehr Frauen für Politik zu interessieren.

www.frauenorte-niedersachsen.de

Ausblick: frauenORT Martha Fuchs • Braunschweig

Am 1. Oktober 2022 feiern wir den Auftakt des 48. frauenORTES Martha Fuchs • Braunschweig. Martha Fuchs (1882-1966) war eine niedersächsische Kommunal- und Landespolitikerin. Ihre langjährige politische Karriere begann bereits in der Weimarer Republik. 1923 trat sie in die SPD ein. In der NS-Zeit litt sie unter Verfolgung und war im KZ Ravensbrück inhaftiert. In der Nachkriegszeit setzte sie ihre politische Karriere fort, u.a. als Ministerin für Bildung und Wissenschaft des Landes Braunschweig

Der frauenORT Martha Fuchs ist in Kooperation mit der Gedenkstätte Friedenskapelle, dem Gleichstellungsreferat der Stadt Braunschweig, dem Stadtarchiv Braunschweig, dem Kulturdezernat der Stadt Braunschweig und dem SPD-Bezirk Braunschweig entstanden.

Kontakt:

Regina Blume
1. Vorsitzende der Gedenkstätte Friedenskapelle Braunschweig
Tel 0531 347152
info@gedenkstaette-friedenskapelle.de



Postkarte frauenORT Martha Fuchs
Fotonachweis s. Website.

KONFERENZ DER LANDESFRAUENRÄTE

Die Konferenz der Landesfrauenräte (KLFR) fand in diesem Jahr von 24.-26. Juni unter Vorsitz des FrauenRat NRW in Bonn statt. Die Delegierten aus den Bundesländern freuten sich nach zwei Jahren virtueller Treffen auf den persönlichen Austausch in Präsenz. Der LFRN wurde durch die Vorsitzende Marion Övermöhle-Mühlbach, die stellvertretende Vorsitzende Dr. Barbara Hartung und die Geschäftsführerin Antje Peters vertreten.

Equal Care – Für eine geschlechtergerechte und faire Sorgearbeit

Mit der hybriden Fachtagung „Equal Care – geschlechtergerecht und fair“ und der Unterzeichnung des Equal Care Manifests setzte die Konferenz ein Zeichen für eine geschlechtergerechte und faire Sorgearbeit. Ministerpräsident Hendrik Wüst begrüßte die Teilnehmenden vor Ort und im Livestream in seinem virtuellen Grußwort.

Almut Schnerring und Sascha Verlan berichteten über die Entstehungsgeschichte des Equal Care Day und ihrer Initiative. In der Podiumsdiskussion „Neue Männer/Väter braucht das Land?!“ wurde mit Heiner Fischer (Sozialpädagoge und Gründer von Vaterwelten), Robert Franken (#HeForShe-Botschafter von UN Women Deutschland) und Sascha Verlan (Initiator des Equal Care

Day) u.a. darüber diskutiert, ob sich die tradierten Männerrollen im Wandel befinden und welche Rahmenbedingungen für alle Beteiligten verbessert werden müssen.

Die Vorstellung des Bündnisses „Sorgearbeit fair teilen“ in Trägerschaft des Deutschen Frauenrats sowie die Vorstellung zweier interessanter Projekte aus den Landesfrauenräten „Zeitpolitik aus Gleichstellungssicht“ (Mecklenburg-Vorpommern) und „Diese Perspektivlosigkeit“ Equal Care – Familien im Lockdown (Schleswig-Holstein) rundeten die Fachtagung ab.

Wahlrechtsreform mit Parität

Dem Initiativantrag des FrauenRat NRW mit dem Titel „Mehr Fortschritt wagen – Wahlrechtsreform mit Parität“ in Anspielung auf den Titel des Koalitionsvertrags von SPD, Grünen und FDP stimmten die Delegierten einstimmig zu: „Die Konferenz der Landesfrauenräte ist überzeugt: Wenn der politische Wille da ist, im Wahlrecht Parität zu verankern, gibt es auch eine verfassungskonforme Möglichkeit, dies gesetzlich umzusetzen.“

KLFR-Beschlüsse

Die Konferenz fordert darüber hinaus:

- die Handlungsempfehlungen des Gutachtens „Digitalisierung geschlechtergerecht

KLFR 2022

Konferenz der Landesfrauenräte

gestalten“ zum Dritten Gleichstellungsbericht aufzugreifen und zügig mit einer ressortübergreifenden Strategie umzusetzen (Antrag LFRN);

- die Stärkung der Geburtshilfe vor Ort mit einer Vorlage eines Gesetzesentwurfes bzw. Beschließung eines verbindlichen Bundesgesetzes;
- dafür Sorge zu tragen, dass Gendermedizin als personalisierte Medizin von Personen jeglichen Geschlechts Eingang findet in die Ausbildung, die Fort- und Weiterbildung und die tägliche Arbeit aller Gesundheitsberufe;
- sich für eine geschlechterinklusive Unfallforschung einzusetzen und den diesbezüglichen Gender Data Gap zur Verbesserung der Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer:innen zu reduzieren.

Den YouTube Link zur Fachtagung und weitere Informationen finden Sie hier:

www.frauenrat-nrw.de



Teilnehmerinnen der Konferenz der Landesfrauenräte 2022 in Bonn.

Foto: LFRN

EIN GRUND ZUM FEIERN

15 Jahre Dialoginitiative in Niedersachsen

2007 haben das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK), die Landeshochschulkonferenz Niedersachsen (LHK) und die Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen in Niedersachsen (Iakog niedersachsen) mit einer „Gemeinsamen Erklärung“ die **Dialoginitiative „Gleichstellung und Qualitätsmanagement an niedersächsischen Hochschulen“** gegründet. Ziel war es, durch einen stetigen Dialog über Gleichstellungspolitik als strategischer Leitungsaufgabe konkrete Maßnahmen zur Umsetzung zu ergreifen. Entwickelt wurden u.a. Empfehlungen zur Qualitätssicherung in Berufungsverfahren und zur Integration von Genderspekten in die Lehre. In einer zweiten Phase im Rahmen der **„Dialoginitiative Geschlechtergerechte Hochschulkultur“** wurden die Themenfelder Personalentwicklung, Führungskultur und

Beteiligungskultur intensiv mit den Führungsverantwortlichen in den Hochschulen erörtert und entsprechende Handlungsempfehlungen entwickelt. Besondere Beachtung fand die Studie zum Gender Pay Gap bei der Vergabe von Leistungsbezügen an Professor*innen. In der gegenwärtigen 3. Phase fokussiert die Dialoginitiative auf **„Geschlechtergerechte Berufungsverfahren“**, und beleuchtet insbesondere das Thema „Unconscious bias“, d.h. unbewusste Vorurteile bei der Personalauswahl.

Vom Wissen zum Handeln kommen – damit charakterisierten Vertreter*innen von Politik und Wissenschaft das Erfolgsrezept der Dialoginitiative bei einer Veranstaltung zum 15-jährigen Jubiläum der Initiative. Der gemeinsame Dialog mache die gemeinsame Verantwortung deutlich, Gleichstellung an Hochschulen in Niedersachsen als Führungs-

aufgabe umzusetzen. Erkennbar wurde die gemeinsame Überzeugung der Beteiligten an der Dialoginitiative, dass Gleichstellung zur Qualitätssicherung an den Hochschulen nachhaltig beiträgt, in Lehre, Forschung und bei der Personalgewinnung, und zugleich die Positionierung im nationalen und internationalen Wettbewerb der Hochschulen verbessert wird.

Prof. Dr. Tina Cornelius-Krügel vom MWK betonte, dass Gleichstellung und Chancengerechtigkeit ein wichtiger Teil der Wissenschaftspolitik in Niedersachsen waren und auch bleiben werden. Die Iakog-Vertreterin Anja Lipschik, Gleichstellungsbeauftragte der Universitätsmedizin Göttingen, erklärte: „Zukunft geht nur mit Gleichstellung.“ Prof. Dr. Kreuzt, stellvertretender Vorsitzender der LHK Niedersachsen hob hervor, dass sich die Verantwortlichen auch nicht vor einer kritischen Reflexion des eigenen Handelns und der Entscheidungsfindung scheuen dürften.

Institutionalisierte Rahmen wie die Dialoginitiative stellen ein effektives Instrument dar, um die Verständigung über gemeinsame Ziele und deren Verwirklichung zu erreichen. Es wird deutlich, dass Gleichstellungspolitik als gemeinsame Aufgabe von Frauen und Männern anzusehen ist. Zum einen sind mehr Frauen an Entscheidungsprozessen zu beteiligen; zum anderen sind mehr Männer für die Notwendigkeiten von Gleichstellungspolitik zu sensibilisieren, damit sie aktiv Verantwortung für die Umsetzung erforderlicher Maßnahmen übernehmen. Um die strukturelle Benachteiligung von Frauen in der Wissenschaft, aber auch in Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt zu beseitigen, ist auch eine Änderung der „Spielregeln“, d.h. der bisherigen Rollenzuweisungen und Verhaltensmuster, notwendig. Hierfür ist ein intensiver, gemeinsamer Dialog unabdingbar.

Einladung zur Jubiläumsfeier
15 Jahre
Dialoginitiative
 in Niedersachsen

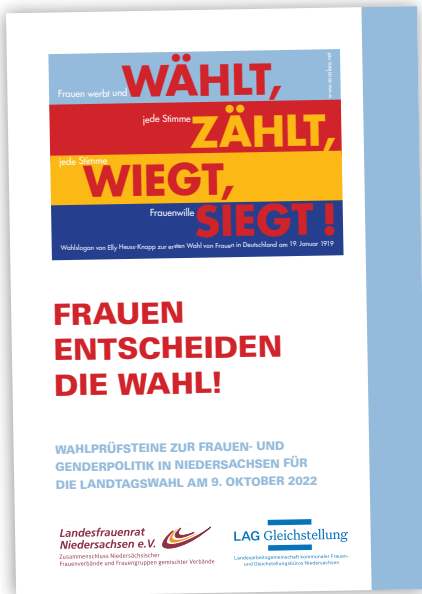
lalog niedersachsen
 Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten
 an Hochschulen in Niedersachsen

LHK LandesHochschulKonferenz
 Niedersachsen

Gefördert durch:
 Niedersächsisches Ministerium
 für Wissenschaft und Kultur

www.lalog-niedersachsen.de

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2022



Die Landtagswahl am 9. Oktober in Niedersachsen fordert die Aufmerksamkeit und das Engagement der Akteur*innen im Bereich Gleichstellungspolitik.

Für die kommende 19. Legislaturperiode des Niedersächsischen Landtages fordern der Landesfrauenrat Niedersachsen e.V.

(LFRN) und die Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros Niedersachsen (LAG Gleichstellung), Gleichstellungspolitik inhaltlich und strategisch konsequent in alle Politikbereiche zu integrieren.

Beide Organisationen haben gemeinsame Wahlprüfsteine verfasst. Darin heißt es: „Die Corona-Pandemie hat einen deutlichen Digitalisierungsschub von Wirtschaft und Gesellschaft mit sich gebracht. Zugleich ist zu beobachten, dass sich – infolge von Homeoffice und Telearbeit – geschlechtstypische Arbeitsteilungen und alte Rollenbilder wieder verfestigen, da Frauen einen höheren Anteil an unsichtbarer und unbezahlter Care-Arbeit übernehmen. Eine strategische Verknüpfung von Gleichstellungs- und Digitalisierungspolitik muss gewährleisten, dass Frauen von der digitalen Transformation in gleicher Weise wie Männer profitieren. Um zielgerichtet strukturelle Benachteiligungen von Frauen abbauen zu können, ist es notwendig, auch die Kategorien Herkunft, Behinderung und Alter

einzu beziehen. Gleichstellung dient der Gesellschaft insgesamt und kann nachhaltig nur im Zusammenwirken von Frauen und Männern erreicht werden, indem Geschlechterstereotypen aufgelöst und Geschlechterverhältnisse partnerschaftlich gestaltet werden.“

Podiumsdiskussion mit den Spitzenkandidatinnen

Im Vorfeld der Landtagswahl laden Landesfrauenrat und LAG Gleichstellung am 7. September 2022 ein zu einer Podiumsdiskussion mit den Spitzenkandidatinnen zur Landtagswahl von SPD, CDU, BÜNDNIS90/GRÜNE, FDP und DIE LINKE in Hannover.

Bitte informieren Sie sich auf den Social Media Seiten des Landesfrauenrates.

Die Wahlprüfsteine und Termine stehen zum Download bereit unter:

www.landesfrauenrat-nds.de
www.gleichstellung-niedersachsen.de

GLEICHER LOHN, GLEICHE ANERKENNUNG, GLEICHE CHANCEN

Frauenpolitische Forderungen des DGB zur Landtagswahl

Dass Frauen in der Arbeitswelt Benachteiligung und Diskriminierung erfahren, ist nach wie vor Realität. 19 Prozent Lohnlücke in Niedersachsen zeigen deutlich: Es gibt noch viel Handlungsbedarf in der Politik. Für die Landtagswahlen fordern wir daher, der strukturellen Benachteiligung von Frauen in der Arbeitswelt, in der Politik und in anderen gesellschaftlichen Bereichen entschlossen entgegenzutreten. Es braucht für Frauen gleichen Lohn, gleiche Anerkennung und gleiche Chancen!

Insbesondere frauendominierte Branchen wie die Alten- und Krankenpflege, Soziale Arbeit oder Erziehung weisen durchschnittlich eine geringere Bezahlung, weniger Tarifbindung und auch sonst schlechtere Rahmenbedingungen auf. Das muss sich dringend ändern! Für weiblich geprägte Arbeit fordern wir Anstrengungen hin zu einer vollumfänglichen finanziellen wie gesellschaftlichen Anerkennung. Beispiele für gewerkschaftliche Anstrengungen von organisierten Beschäftigten finden sich ge-

nügend: Entlastungs- und Aufwertungsbewegungen in Krankenhäusern in Berlin, NRW und Niedersachsen zeigen, dass die Beschäftigten bereit sind, sich gegen eine Sparpolitik zu wenden. Die Konsequenz muss deshalb sein: Weg mit den Fallpauschalen, her mit der Rekommunalisierung bedeutender Teile der Daseinsvorsorge! Das Land sollte sich nicht zuletzt für eine Refinanzierung der Tariflöhne in der Altenpflege durch die Kostenträger einsetzen. Die Eigenanteile der Versicherten sollten durch

Fortsetzung auf Seite 12 →

Fortsetzung von Seite 11

eine Bürgervollversicherung begrenzt werden. Eine sichere, bedarfsgerechte Versorgung darf nicht zu Lasten der meist weiblichen Beschäftigten und Menschen mit Pflegebedarf gehen!

Kinderbetreuung ist ein weiterer Grund für die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen. Daher sind mehr öffentliche Investitionen in Betreuungseinrichtungen nötig, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Außerdem sollte sich die Landespolitik auf Bundesebene für ein verbessertes Rückkehrrecht von Teil- in Vollzeit und mehr Unterstützung von flexiblen Arbeitszeitmodellen einsetzen, die das Recht auf Regeneration und Abgrenzung von Arbeit nicht vergessen. Professionelle Tätigkeiten dürfen nicht durch Ehrenamt ersetzt werden. Es ist darauf hinzuwirken, dass für Frauen alle Möglichkeiten, eine hinreichende

Altersvorsorge aufbauen zu können, auch genutzt werden.

Mehr Chancen bedeutet auch: Mehr Frauen müssen in Führungspositionen kommen. Hierfür ist es notwendig, sich für verstärkte Fort- und Weiterbildungsangebote und die Etablierung von Führungsmodellen in Teilzeit zu bemühen. Außerdem muss endlich Parität in politischen Parlamenten, aber auch beispielsweise in Krisenstäben hergestellt werden. Die gleiche politische Repräsentation von Frauen ist überfällig!

Die arbeitsmarktbezogene Diskriminierung gegenüber Frauen spiegelt sich auch in Erfahrungen der (sexualisierten) Gewalt wider: Beratungs- und Schutzangebote in Niedersachsen müssen diesbezüglich sowie im Hinblick auf digitale geschlechtsspezifische Gewalt ausgebaut und stärker

subventioniert werden. Die zukünftige Landesregierung sollte sich für die Einhaltung der Istanbul-Konvention engagieren.

Weitere frauenpolitische Forderungen, wie die Novellierung des Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes (NGG) oder des Kommunalverfassungsgesetzes und mehr, finden sich in den gewerkschaftlichen Landtagswahlpapieren. Es gibt viel zu tun für die Landespolitik – die frauenpolitischen Projekte der nächsten fünf Jahre werden wir als Gewerkschaften kritisch begleiten.

www.niedersachsen.dgb.de



FRAUENFORUM 2022

Einblicke, Berichte und Ergebnisse



Bürgermeisterin Ramona Schumann (l) und Kathrin Schrader (SoVD) beim Frauenforum „Parität in der Politik“. Foto: SoVD

Vom 17. bis zum 18. Juni 2022 fand das SoVD-Frauenforum für Kreisfrauensprecherinnen und weitere aktive Frauen in Hildesheim statt. 34 ehrenamtlich aktive Frauen nutzten die Gelegenheit zum Netzwerken und persönlichen Austausch. Inhaltlicher Schwerpunkt war das Thema **„Parität in der Politik“**. Insbesondere mit Blick auf die Landtagswahl im Oktober ist dies ein wichtiges und ganz aktuelles Thema.

Nach der Begrüßung der Landesfrauensprecherin Roswitha Reiß sowie einem Grußwort von Landesgeschäftsführer Dirk Swinke hörten die Teilnehmerinnen einen spannenden Impulsvortrag von Ramona Schumann, Bürgermeisterin der Stadt Pattensen. Schumann berichtete von den Erfahrungen und auch Herausforderungen als Frau in der Kommunalpolitik. So verdeutlichte Schumann zum Beispiel, dass Deutschland bei der Geschlechtergerechtigkeit im internationalen Vergleich mit ca. 35 % Frauen im Bundestag einen unteren Rang einnimmt. Auf kommunaler Ebene sieht es noch schlechter aus: Ramona Schumann selbst ist „eine von 9 %“. Unter den Bürgermeister*innen in Deutschland bei Orten zwischen 5.000 bis unter 20.000 Einwohner*innen gibt es lediglich 9 % Bürgermeisterinnen. Eine große Minderheit! Schumann warb dafür, dass es bei einem Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung von über 50 % auch deutlich mehr weibliche Vertreterinnen in po-

litischen Gremien geben müsse. Denn „unsere Lebensrealität kennt niemand besser als wir.“

Abschließend ging Ramona Schumann auf den Titel ihres Vortrages ein: „Frauen. MACHT.Politik.“ Sie erläuterte die Herkunft der einzelnen Worte und veranschaulichte, dass MachtPolitik nichts anderes bedeutet als „die Bereitschaft, unser Gemeinwesen zu gestalten.“ Und genau darum geht es in der Politik: Das Gemeinwesen zu gestalten. Damit hierbei alle Perspektiven in ihrer Vielfalt vertreten sind, bedarf es einer entsprechenden Vielfalt bei den Politiker*innen. Schumann ermutigte die Teilnehmerinnen, ihre Macht zu nutzen und daraus etwas Positives zu gestalten. Ihr Vortrag „Frauen. MACHT.Politik.“ hat einen großen Eindruck bei den Teilnehmerinnen hinterlassen.

Hildesheim wurde dabei nicht ohne Grund als Treffpunkt des diesjährigen Frauen-



forums ausgewählt, denn hier gibt es den frauenORT Elise Bartels. Sie gehörte zur ersten Frauen-Generation im Deutschen Reichstag. Als ab 1908 Frauen erstmals in Parteien aktiv werden durften, trat Elise Bartels der SPD bei. Sie lebte vor, was sie vertrat: dass Frauen durch politische Arbeit ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und gestalten können. Ein tolles Vorbild auch für die Frauen im SoVD! Zur Person und zum Wirken von Elise Bartels erwartete die Teilnehmerinnen am Samstagvormittag eine spannende kostümierte Stadtführung.

Anschließend erhielten die Teilnehmerinnen einen Einblick in die aktuelle SoVD-Kampagne „**Gemeinsam gegen einsam**“. Wer sich dauerhaft einsam fühlt, hat oft mit psychischen und körperlichen Erkrankungen zu kämpfen. Die Folge: Betroffene ziehen sich immer mehr zurück, nehmen nicht mehr am sozialen Leben teil und sind in ihrer Situation immer mehr gefangen. Die Gründe für Einsamkeit sind dabei vielfältig: Pflegebedürftigkeit, finanzielle Schwierigkeiten, familiäre Überlastung oder auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Deshalb

gilt es, Einsamkeit rechtzeitig zu bekämpfen und die Ursachen zu beseitigen – und das so schnell wie möglich. Im Rahmen der Kampagne wurden daher zu neun Bereichen politische Forderungen entwickelt, die auf der Kampagnen-Website nachgelesen werden können.

www.sovd-gemeinsam.de



FRAUEN STÄRKEN

Wahlforderungen des NLV bilden Diskussionsgrundlage

Wie soll unser Land morgen aussehen? Wo sollen die Wahlberechtigten bei den Landtagswahlen am 9. Oktober 2022 ihr Kreuz setzen? Der Niedersächsische LandFrauenverband Hannover e.V. (NLV) hat Wahlforderungen zur Landtagswahl veröffentlicht. Frauenpolitik ist eines von sieben Themen. Die Forderungen sollen eine Hilfestellung sein, mit den Kandidatinnen und Kandidaten vor den Wahlen ins Gespräch zu kommen. Der NLV fordert seine Mitglieder gleichzeitig auf, mit der Wahlentscheidung Frauen zu stärken. „Denn Niedersachsens Politik braucht eine starke weibliche Sicht und mehr Entscheiderinnen“, sagt die NLV-Präsidentin Elisabeth Brunkhorst.

Der NLV stellt folgende frauenpolitischen Forderungen auf:

- Beseitigung des Gender Pay Gap
- Eine gute und erreichbare Gesundheitsversorgung für alle Frauen überall im ländlichen Raum in Niedersachsen
- verlässliche Betreuung für Klein-, Kindergarten- und Schulkinder auch in den Randzeiten und in den Ferien
- zügiger Ausbau der Ganztagsbetreuung in Schulen
- einen höheren Personalschlüssel sowie bessere Rahmenbedingungen für Berufe im Betreuungs- und Pflegebereich

- ein effektives Gewalt-Präventionsprogramm für Jungen und Männer
- ausreichend und bedarfsgerecht ausgestattete Beratungsstellen und Plätze in Frauenhäusern für von Gewalt

Frauen zu stärken, ist ein wichtiges Anliegen des NLV. Denn Frauen erbringen den Hauptteil der Familienarbeit, sind berufstätig, ehrenamtlich engagiert und stehen in Ausnahmesituationen wie der Corona-Krise besonders unter Druck. Doch der NLV hat viele Themen im Blick. Kurz und kompakt stellt er in seinem achtseitigen Flyer darüber hinaus Forderungen auf unter den Überschriften „Demokratie leben“, „Nachhaltig handeln“, „Ländliche Räume stärken“, „Ehrenamtliches Engagement aufwerten“, „Landwirtschaft und ländliche Räume – Konsens schaffen“ und „Digitalisierung vorantreiben“.

Unter anderem fordern die LandFrauen:

- ein besseres und niedrigschwelliges Angebot an politischer Bildung
- den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien, damit Niedersachsen bis 2040 den Energiebedarf zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien decken kann
- weitere Versiegelung verhindern und Leerstand vermeiden, die Um- bzw. Neu-

nutzung leerstehender Häuser zu Wohnraum in kleinen Einheiten fördern, keine weiteren landwirtschaftlichen Flächen versiegeln

- einfach und verständlich gestaltete Förderanträge für ehrenamtliche Initiativen
- die bürokratischen Auflagen für landwirtschaftlich Betriebe deutlich verringern
- Barrierefreiheit bei jedem Digitalisierungsprozess mitdenken.

Die Wahlforderungen sind nicht nur ein Arbeitsmittel für die LandFrauenvereine, der NLV hat sie auch an alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier in Niedersachsen gesendet und ihnen ein Gesprächsangebot gemacht. Dieses Angebot haben Angehörige verschiedener Fraktionen angenommen. Mit ihnen wird der NLV darüber diskutieren, wie unser Land morgen aussehen soll. Die kompletten NLV-Wahlforderungen stehen zum Download bereit.

<https://kurzelinks.de/8d79>



FRAUEN IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN

FidAR-Studie: Niedersachsen hat Nachholbedarf

Am 10. Mai 2022 hatte Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landes Niedersachsen eingeladen zum **Forum Women-on-Boards (WoB)** – Gleichberechtigt führen in Niedersachsen.

Nach der Vorstellung der Studie Wob-Index Niedersachsen durch Prof. Dr. Michèle Morner und Monika Schulz-Strelow diskutierten Ministerin Behrens, Gunnar Kilian, Mitglied des Vorstandes der Volkswagen AG, Personal und Truck&Bus, Hauke Stars, Mitglied des Vorstandes der Volkswagen AG, IT, Martina Chudziak, Regionalvorständin FidAR Nordwest, Dr. Ariane Reinhart, Vorstandsmitglied Continental

AG mit dem Moderator Armin Maus, Vorsitzender der Geschäftsführung der Autostadt GmbH über den Status der Frauen in Führungspositionen und welche Möglichkeiten alle Beteiligten sehen die Situation zu verbessern. Ergänzt wurde die Runde durch eine Betrachtung aus Betriebsratsicht von Daniela Cavallo, Betriebsratsvorsitzende der Volkswagen AG.

Die Organisation von Frauen in Netzwerken ist hier ein wichtiger Schritt Veränderungen auf den Weg zu bringen. Der **Women-on-Board-Index Niedersachsen 2022** ist die erste detaillierte Studie zu Frauen in Führungspositionen, die auf Landesebene eine klare Vergleichsbasis für öffentliche

und privatwirtschaftliche Unternehmen schafft. Die Studie von FidAR e.V. kann unter <https://niedersachsen.wob-index.de> eingesehen werden. Weitere Informationen gibt es auf der Seite des Ministeriums unter:

www.ms.niedersachsen.de/wob-index



FRAUEN MÜSSEN SICHTBARER WERDEN

Im Vorfeld des Internationalen Frauentages führte der Verein Frauenräume in Celle gemeinsam mit der städtischen Gleichstellungsbeauftragten Afshan Ahmed eine Veranstaltung zum Thema „Wo stehen Frauen in der Politik heute, was haben die Wahlen 2021 gebracht?“ Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende des Vereins, Hannelore Fudeus, wurde zwei Stunden intensiv diskutiert.

Kirsten Lühmann, ehemalige Bundestagsabgeordnete führte mit einem Impulsvortrag in das Thema ein. Die Gleichberechtigung sei im Grundgesetz verankert, doch die Wahlergebnisse zeigten, dass noch immer Nachholbedarf bestünde, z.B. sind nur 37 % der Bundestagsabgeordneten weiblich. „Parität ist nicht nur ein Menschenrecht. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass paritätische Teams in Bezug auf Geschlecht, Sexualität und Kulturen viel bessere und effektivere

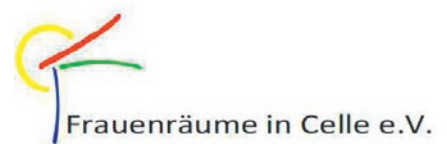
Entscheidungen treffen“ betonte Kirsten Lühmann. „Wir müssen Frauen mehr sichtbar machen.“

Im Anschluss berichteten die Kommunalpolitikerinnen Iris Fiss, Gerda Kohnert, Johanna Thomsen und Susanne Völkers sowie die Bundestagsabgeordnete Anja Schulz von ihren Erfahrungen und den persönlichen Motiven, sich politisch zu engagieren, Unisono ging es allen Frauen darum, sich für die Menschen einzusetzen und ihre Umwelt für sich und ihre Familien zu gestalten. Auf der kommunalen, ehrenamtlichen Ebene ist das nur mit viel zeitlichem Aufwand und nur mit Rückendeckung des Partners realisierbar, insbesondere wenn die Kinder klein sind. Ein Landtags- oder Bundestagsmandat ist entgeltlich, d.h. Unterstützung in Betreuungsarbeit kann finanziert werden. Überparteilicher Konsens war, dass es leider noch zu häufig vorkommt, dass Frauen

nicht nach ihrer Arbeit bewertet werden, sondern in Ermangelung anderer Argumente über ihr Aussehen geredet wird. Warum ist das bei Frauen Thema nicht aber bei Männern?

Die BesucherInnen nahmen lebhaft an der Diskussion teil und ein männlicher Besucher musste für sich feststellen, dass er manche Fragestellungen so für sich nie noch nie gestellt hatte. Das Gros der TeilnehmerInnen fühlte sich inspiriert, dieses Thema weiter im Fokus zu behalten. Alle einte die Überzeugung, dass Frauen sichtbarer werden und sich noch mehr miteinander vernetzen müssen.

www.mgh.celle.de





PFLEGEBERUFE ENTLASTEN

Der Pflegeberuf ist sinnstiftend und gilt als systemrelevant – gekennzeichnet ist er aber auch durch ein niedriges Lohnniveau, belastende Arbeitsbedingungen und eine hohe Teilzeitquote. 80 % der Beschäftigten in der beruflichen Pflege sind weiblich gelesene Personen. In den berufsrelevanten Gremien sind sie hingegen unterrepräsentiert. Dort sitzen mehrheitlich männlich gelesene Personen – oft ohne pflegerische Expertise – und entscheiden über sie und ihre beruflichen Belange. Allein vor diesem Hintergrund bleibt festzuhalten, dass Politik für Pflegeberufe immer auch Politik für eine gerechte Geschlechterpolitik ist.

Bekannt ist, dass zweidrittel der weiblich gelesenen Pflegefachpersonen in Teilzeit tätig oder geringfügig beschäftigt und damit einem hohen Risiko für Altersarmut ausgesetzt sind. Mit 62 % liegt die Teilzeitquote in den Pflegeberufen um 16 % – und damit sehr deutlich – über dem Durchschnitt aller in Teilzeit beschäftigten weiblich gelesenen Personen. Neben der hohen Belastung im Beruf ist einer der Hauptgründe hierfür die immer noch schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein weiterer Grund ist aber auch das Verhindern von Vollzeitstellen durch Arbeitgeber:innen, die lieber Teilzeitarbeitsverträge anbieten, um so mit mehr Köpfen und zum Preis von Überstunden

Belastungsspitzen in der Pflegearbeit aufzufangen. Das Problem: die Belastungsspitzen sind der Normalfall.

Zudem tragen pflegende weiblich gelesene Personen auch zuhause die Hauptlast der Sorgearbeit – sie leisten hier gut 50 % mehr als männlich gelesene Personen. Dieser unbezahlte Mehraufwand – der sogenannte **Gender Care Gap** – addiert sich zum schon lang bekannten Gender Pay Gap – der Gehaltslücke bei gleichwertiger Arbeit von männlich und weiblich gelesene Personen. Damit sind beruflich pflegende weiblich gelesene Personen im Ergebnis außergewöhnlich belastet. Das führt dazu, dass sie häufiger krankheitsbedingt ausfallen, ihre Arbeitszeiten (weiter) reduzieren oder den Beruf ganz verlassen. Ein Teufelskreislauf, denn so verschärft sich der Personalmangel in der Pflege, das Risiko von Altersarmut verstärkt sich und die Pflegeberufe werden unattraktiv. Somit wird in der Care-Arbeit die Benachteiligung von weiblich gelesenen Personen besonders deutlich mit oft sehr nachhaltigen Folgen.

Um die Situation beruflich Pflegenden zu verbessern, hat der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) ein Konzept vorgeschlagen, das einen sogenannten **Gratifikationschein** vorsieht, den be-

ruflich Pflegende nach zehn Jahren Berufstätigkeit erhalten. Damit erwerben sie ein Anrecht, ab dem 50. Lebensjahr ihre Arbeitszeit bei vollem Gehalt auf 35 Stunden pro Woche zu reduzieren und haben Anspruch auf fünf zusätzliche Urlaubstage. Außerdem sollen Rehabilitationsmaßnahmen und Kuren mit dem Schein unbürokratisch möglich werden, zusätzliche Rentenpunkte erworben und eine Anrechnung von häuslicher Care-Arbeit erfolgen. Die Forderung nach diesem Pflegeberufegratifikationschein adressiert die Bundes- aber auch die Landespolitik, die für die Sicherstellung für Strukturen einer flächendeckenden, guten pflegerischen Versorgung verantwortlich ist. Und sie ist dafür verantwortlich, beruflich Pflegenden, und damit vor allem weiblich gelesenen Personen, die in der Pflege tätig sind, Arbeitsbedingungen zu schaffen, die eine langjährige berufliche Tätigkeit in Vollzeit ermöglichen, damit das Risiko für Altersarmut und berufsbedingte Krankheiten deutlich reduziert wird.

www.dbfk.de

DBfK Nordwest
Deutscher Berufsverband
für Pflegeberufe

ZEITENWENDE IN DER SOZIALEN ARBEIT

Im Oktober ist Landtagswahl, kommt dann eine Zeit der Aufwertung der sozialen Arbeit? Wir hoffen es sehr, denn seit vielen Jahren fordern wir zu jeder Landtagswahl eine dringend benötigte höhere Finanzierung des Landes für unsere Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen. Wir beraten jedes Jahr in

Niedersachsen ca. 25.000 Menschen zum Schwangerschaftskonflikt und zu Schwangerschaft, alles rund um die Familienplanung und Sexualität und leisten präventive Arbeit auf dem Gebiet der sexuellen Bildung, um nur die Schwerpunkte unserer Arbeit zu nennen. Insgesamt 120 hochqualifizierte, meist in Teilzeit be-

schäftigte Mitarbeiter*innen unterstützen Ratsuchende darin, selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen. Die Tätigkeit ist interessant, innerhalb des Themengebiets verändern sich die Aufgabenfelder ständig und fordern die Berater*innen immer wieder aufs Neue. Die anerkannten Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen haben

Fortsetzung auf Seite 16 →

Fortsetzung von Seite 15

einen gesetzlichen Auftrag nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG). Diesen Auftrag nehmen wir nach wie vor mit großem Engagement für die Frauen* und alle Geschlechter wahr, aber eine höhere Finanzierung durch das Land für die Beratung ist notwendig, damit wir im bundesweiten Ländervergleich nicht weiterhin am unteren Ende der Skala bleiben.

Und auch bei der Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen sehen wir in manchen Regionen Niedersachsens noch Luft nach oben. Die freie Entscheidung für oder gegen einen Schwangerschaftsabbruch sowie die Wahl der Methode gehört unumgänglich zum Recht auf Selbstbestimmung von Frauen*. Allerdings müssen in einigen, gerade ländlichen Regionen, Frauen* weite Wege auf sich nehmen, um einem Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen. Denn es gibt aufgrund Verrentungen und fehlender Nachfolge immer weniger Ärzt*innen, die Abbrüche machen. Nun

ist der „Werbeverbots“-Paragraf 219a StGB seit kurzem Geschichte. Das freut uns ungemein. Die Streichung ermöglicht nun die straffreie Information durch Ärzt*innen, ob und mit welcher Methodik sie Schwangerschaftsabbrüche anbieten. Frauen* werden nicht länger bevormundet. Doch wie kann die legalisierte Informationsfreigabe sich auswirken, wenn die Versorgung weiterhin lückenhaft ist und wie sieht der tatsächliche Ist-Stand der Versorgung in Niedersachsen aus?

Öffentlich zugängliche Informationen über Ärzt*innen, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen, finden sich über Listen auf der Homepage des Landes Niedersachsen und der Bundesärztekammer. In die Listen können sich Ärzt*innen mit den Angaben über die Methodenwahl freiwillig eintragen. Solange jedoch der Schwangerschaftsabbruch in der Gesellschaft noch immer tabuisiert wird, solange der Schwangerschaftsabbruch nur eingeschränkt Bestandteil der ärztlichen

Aus-, Fort- und Weiterbildung ist, solange wird die Liste nur rudimentär sein können. Die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen verfügen in Eigenrecherche und im vertraulichen Kontext über weit mehr Adressen und weitergehende detaillierte Informationen, um Frauen* und Paaren die notwendigen Informationen und eine qualifizierte Beratung geben zu können. Ein zusätzliches regelmäßiges Monitoring und eine Berichterstattung durch das Land zum bestehenden Angebot in Kliniken und Praxen wäre sehr hilfreich. Das ist die notwendige Basis, um Konzepte und Maßnahmen zu entwickeln, damit die wohnortnahe Versorgung in Praxen und Kliniken zukünftig sichergestellt ist.

www.profamilia.de

pro familia
Niedersachsen

DIGITALE SCHWANGERSCHAFTSBERATUNG

Eine Mutter aus ländlicher Gegend, die ihr viertes Kind erwartet. Eine Frau mit Fluchterfahrung, aber ohne Kenntnisse des deutschen Hilfe-, Beratungs- und Gesundheitssystems. Ein Paar mit unerfülltem Kinderwunsch, das in einer Einrichtung für Menschen mit Behinderungen lebt ...

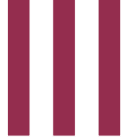
Sie und andere „schwer erreichbare“ Ratsuchende waren die Zielgruppen des donum vitae **Modellprojektes HeLB – Helfen. Lotsen. Beraten.**, dass der Bundesverband mit finanzieller Förderung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Mai 2019 startete. Das Ziel für die dreijährige Projektphase: gleichberechtigte Teilhabe an den Angeboten unseres Hilfe- und Beratungssystems vor allem im ländlichen Bereich und

für Frauen und Familien, die nur schwer den Weg in die Schwangerschaftsberatungsstellen finden. Die HeLB-Beraterinnen haben neue Wege in der mobilen Beratung erschlossen, neue Wege, um sprachlich Brücken zu bauen, neue Wege in der digitalen Kommunikation – alles, um den Zugang zu der Beratung möglichst niedrigschwellig zu gestalten.

Neben einer schlechten Verkehrsanbindung zum Beispiel im ländlichen Raum gibt es viele Hindernisse, die Frauen die Teilhabe am Hilfe- und Beratungssystem erschweren. Hierzu gehören auch Frauen mit einer psychischen Erkrankung, die keinen Weg aus der Sackgasse ihrer Nöte finden. Ebenso Frauen mit Lernschwierigkeiten, körperlichen oder Sinnesbeeinträchtigungen,

deren Mobilität eingeschränkt oder denen das Angebot der Schwangerschafts(konflikt)beratung unbekannt ist. Alle diese Gruppen werden von den herkömmlichen Angeboten schon im städtischen Raum oft nicht erreicht – auf dem Land gelingt dies noch seltener. Mit einer Auswahlmöglichkeit an unterschiedlichen Beratungsformaten – dem Blended Counseling – sowie einem breiten Kooperationsnetzwerk sollte so die passgenaue Unterstützung für alle Ratsuchenden gelingen.

An 23 Pilotstandorten im ganzen Bundesgebiet – in Niedersachsen waren die donum vitae-Beratungsstellen Brake und Hildesheim beteiligt – haben die HeLB-Beraterinnen in den ersten zwei Projektjahren unterschiedliche Zugangswege wie aufsuchende und



digitale Formate in der Beratung rund um Schwangerschaft und Geburt entwickelt. Videoberatung, schriftbasierte Onlineberatung oder Online-Gruppenangebote haben die Beraterinnen in ihrem Beratungsalltag ausgiebig getestet. Ergänzt wurden die digitalen Angebote durch die Entwicklung von Erklärfilmen, die Ratsuchenden erste Informationen zur Beratung geben und die auch in verschiedene Beratungsformate eingebunden werden können. Alle digitalen Angebote erfolgten unter strikter Beachtung der Datenschutz- und Schweigepflichtvorgaben. Im letzten Projektjahr führten die HeLB Beraterinnen in Tandems

ihr Wissen und ihre Erfahrungen in den Alltag weiterer 19 Modellberatungsstellen im Verband (in Niedersachsen waren zusätzlich Barbel und Wildeshausen beteiligt) ein. Welche Zielgruppe passgenau mit welchen Beratungsformaten erreicht werden kann, hat das Institut für E-Beratung der Technischen Hochschule Nürnberg über die drei Jahre projektbegleitend wissenschaftlich untersucht.

Das Projekt kam genau zum richtigen Zeitpunkt, um auch während der Pandemie weiterhin Beratungsangebote sicherstellen zu können. Aber auch unabhängig von der

Pandemie hat das Projekt den wertvollen Schritt zum Blended Counseling, der Mischung verschiedener Beratungsformate zum Wohle der Klient*innen, vollzogen. Uns stehen mehr Möglichkeiten zur Verfügung, um Ratsuchende zu erreichen und um Beratung kreativ zu gestalten – angepasst an die Bedarfe der Ratsuchenden.

<https://donumvitae.org/ueber-uns/modellprojekt-helb>



BUNDESWEITE FRAUENHAUS SUCHE

Unter www.frauenhaus-suche.de kann tagesaktuell die Aufnahmekapazität aller Frauenhäuser und Schutzwohnungen bundesweit öffentlich eingesehen werden. Die Veröffentlichung dieser Seite stellt einen Meilenstein im Schutz gewaltbetroffener Frauen und ihrer Kinder dar. Von jetzt an können gewaltbetroffene Frauen selbstständig sehen wo sie aktuell Schutz und Unterstützung in einem Frauenhaus/einer Schutzwohnung erhalten. Ebenso werden unterstützende Institutionen und Personen in die Lage versetzt, direkt ohne Umwege über Dritte einen Frauenhausplatz zu finden. Die Konzeption und technische Umsetzung der Seite wurde durch Spendengelder von der Zentralen Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser realisiert. Auf der Webseite unter Öffentlichkeitsmaterial sind seit dem 25.11.2021 ein Erklärvideo zur Handhabung der Seite und eine Druckvorlage zum Aushängen der Informationen eingestellt.

In Deutschland existieren verschiedene Angebote (z.B. bundesweites Hilfetelefon), die bei der Vermittlung von gewaltbetroffenen Frauen und deren Kindern in Frauenhäuser und Schutzwohnungen hel-

fen – meistens fehlt diesen jedoch eine wesentliche Information: Die aktuelle Verfügbarkeit von Frauenhausplätzen. Einige Bundesländer haben interne Datenbanken eingerichtet, in die die Frauenhäuser ihre freien Plätze eintragen können. So scheitern selbst Frauenhausmitarbeiterinnen bei Anfragen gewaltbetroffener Frauen spätestens an der Landesgrenze. Für Fachkräfte außerhalb eines Frauenhauses sind diese internen Datenbanken i.d.R. nicht einsehbar. Einzig Nordrhein-Westfalen & Hessen betreiben eine solche Datenbank öffentlich. Für die betroffenen Frauen bedeutet es möglicherweise weitere unzählige Anrufe und Darstellungen ihrer Situation gegenüber fremden Personen. Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie war es den Frauen schwer möglich, frei zu telefonieren. Viele Partner waren in Kurzarbeit, die Kinder in Kindergarten und Schule nicht verlässlich versorgt. Nicht auszuschließen, dass hierdurch auch Frauen länger in der gewalttätigen Situation geblieben sind, da ihnen Kraft und Mut fehlten, die anstrengende Suche nach einem freien Frauenhausplatz weiter voranzutreiben. Aufgrund der erhöhten Gefährdungslage für Frauen und ihre Kinder in Zeiten der

Pandemie, der angespannten Platzsituation in Frauenhäusern in Ballungsgebieten und dem fehlenden Platzangebot im ländlichen Raum ist es wichtig, die Möglichkeit zu haben, bundesweit nach Schutzräumen zu suchen. Die Webseite bietet zudem die Möglichkeit, gezielt nach Kriterien wie Barrierefreiheit oder auch der Anzahl der Kinder zu suchen. Jede Frau hat das Recht auf ein gewaltfreies Leben und Schutz in einem Frauenhaus und muss deshalb einen sicheren und schnellen Zugang zu Schutz und Unterstützung in einem Frauenhaus haben.

www.frauenhaus-suche.de
www.autonome-frauenhaeuser-zif.de

Zögern Sie nicht, sich Hilfe zu suchen!

www.frauenhaus-suche.de



ABSCHLUSSTAGUNG DER KOORDINIERUNGSSTELLE

„Um eine umfassende und ganzheitliche Versorgung bei erlebter geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt zu gewährleisten, benötigt es eine nachhaltige Vernetzung auf allen Ebenen“ machten Jessica Lach und Lisa Schmitz, Projektleitungen der Koordinierungsstelle, zu Beginn der Abschlusstagung des Modellprojekts am 12. Juli 2022 in Hannover deutlich. Sozialministerin Daniela Behrens betonte in ihrem digitalen Grußwort, dass „Gewalt gegen Frauen* kein individuelles, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem ist und ein starkes Hilfesystem benötigt wird.

Im Pavillon Hannover kamen rund 90 Fachkräfte (und ca. 50 via Live-Stream) zusammen. Das Foyer bot Raum für Info-Stände, auch der Landesfrauenrat war vertreten. Neben Impulsen von der Bundes- und kommunalen Ebene, sowie einer Podiumsdiskussion zwischen Vertreter*innen aus Fachberatungsstellen, Beratungs- und Interventionsstellen, Frauenhäusern

und dem Sozialministerium, wurde auch die Bestandsaufnahme der Koordinierungsstelle vorgestellt. Der **Abschlussbericht des Modellprojektes** nennt aktuelle Herausforderungen und stellt Handlungsempfehlungen für die Landesregierung, die Landkreise und Kommunen in Niedersachsen vor.

Das Thema einer nachhaltigen Finanzierung des Hilfesystems zog sich durch alle Beiträge und machte die prekäre Lage, in der sich viele Einrichtungen befinden deutlich. Ulrike Brockhaus vom Frauennotruf Göttingen betonte, dass „solange wir gegen Gewalt kämpfen, kämpfen wir auch dafür eine angemessene Finanzierung zu erhalten“. Über die fehlende Weiterfinanzierung der Koordinierungsstelle zeigten sich viele Fachkräfte erschüttert. „Durch die Arbeit der Koordinierungsstelle wurden unsere Stimmen lauter und damit auch die Stimme jeder einzelnen betroffenen Person“, machte Rosa Berger-Keller, Vorstandsfrau des Trägervereins Verbund

der niedersächsischen Frauen- und Mädchenberatungsstellen gegen Gewalt e.V., deutlich. Katja Grieger, Leiterin des bff e.V., betonte, dass eine „Landes- und Bundesvernetzung wichtig ist, um strukturelle Probleme gebündelt“ anzugehen.

Die Koordinierungsstelle hatte sich in nur 2,5 Jahren als feste Anlaufstelle für Fachkräfte, Fachöffentlichkeit, sowie Landespolitik etabliert und sich zum Ziel gemacht die Bekanntmachung der Istanbul-Konvention in Niedersachsen zu stärken, sowie die Stimmen der Betroffenen und der Fachberatungsstellen in die landespolitischen Bedarfsplanungen und Entscheidungsprozesse einzubringen. Ihre Arbeit endete mit der Tagung.

www.frauen-maedchen-beratung.de
www.lks-niedersachsen.de



Stellungnahme des Verbandes der niedersächsischen Frauen und Mädchenberatungsstellen gegen (sexualisierte) Gewalt e.V., Petra Klecina

Das Thema (sexualisierte) Gewalt an Frauen* und Mädchen* braucht in Niedersachsen eine Stelle, die sowohl für Vertreter*innen von Politik, den verschiedenen Ministerien, Presse und Fachkräften aus den unterschiedlichen Institutionen, Themen aufbereitet, Stellung bezieht, Öffentlichkeitsarbeit für die verschiedenen „Gewaltthemen“ vorantreibt, Materialien erstellt, Fortbildungen konzipiert etc. Die Expertise aus den 30 Fachberatungsstellen im Verbund sollte in und für Niedersachsen nicht ungehört bleiben. Die Notwendigkeit einer Vertretung auf Landesebene wurde Jahre im Voraus mehrfach thematisiert und die Bewilligung der Koordinierungsstelle als Modellprojekt stellte einen großen Erfolg dar.

Wir danken dem Land Niedersachsen und dem Ministerium Soziales, Gesundheit und Gleichstellung für die Förderung des Modellprojekts. Umso mehr bedauern wir, dass eine Weiterfinanzierung nicht erfolgte.

So müssen die aufgebauten Strukturen mit dem Ende des Modellprojekts makuliert werden. Inwieweit der Verbund als Ganzes diese Aufgaben bzw. einen Teil davon weiterführen kann, bleibt fraglich – insbesondere die Begleitung der Umsetzung der Istanbul-Konvention in Niedersachsen.

Vielen herzlichen Dank an Mitarbeiter*innen der Koordinierungsstelle, die dieses Projekt durchgeführt, getragen, weiterentwickelt, mit ihren Ideen gefüllt und so hervorragend umgesetzt haben. Die Meilensteine, die die Koordinierungsstelle insgesamt gesetzt hat, werden den Verbund auch in Zukunft begleiten. Unseren Wunsch und die Notwendigkeit für eine Koordinierungsstelle bzw. Interessensvertretung der (autonomen) Fachberatungsstellen auf Landesebene werden wir weiterhin verfolgen, damit das Thema (sexualisierte) Gewalt in Niedersachsen in unserem Sinne gesehen und verfolgt wird.

Unser
Podcast Nr. 8:



Wissenschaft ist weiblich! Mehr Frauen in Führung

Es gibt zwar einige Fortschritte, doch noch immer sind Frauen in Wissenschaft und Forschung deutschlandweit unterrepräsentiert. Gerade in leitenden Positionen. Nur jede vierte Professur etwa ist mit einer Frau besetzt. Nach der Promotion verlassen überdurchschnittlich viele Frauen die Wissenschaft. Die Ursachen sind vielfältig. Ein Grund: strukturelle Diskriminierung.

Auch dieses Mal sind wieder zwei Frauen zu Gast in „fifty fifty“, die trotzdem erfolgreich ihren Weg gehen:

Antje Boetius, Meeresbiologin und wissenschaftliche Direktorin des Alfred-Wegener-Instituts in Bremerhaven, war schon immer vom Meer fasziniert. Die Tiefseeforscherin spricht über ihre Erfahrungen bei Expeditionen in die Arktis, berichtet, warum Lotte Haas als Kind ihr großes Vorbild war und was wir aus der Tiefsee für eine geschlechtergerechtere Welt über Wasser lernen können. **Susanne Menzel-Riedl**, erste Präsidentin der Uni Osnabrück, sorgte 2019 für reichlich Wirbel in den Medien. Da wurde sie mit 43 Deutschlands jüngste Uni-Präsidentin. Bei „fifty fifty“ erzählt sie, inwieweit sie sich als Vorbild sieht, warum es junge Frauen heute nur theoretisch leichter haben, in Führungspositionen zu gelangen und was sich ändern muss, um das Wissenschaftssystem geschlechtergerechter zu gestalten.


Die „**Dialoginitiative Geschlechtergerechte Hochschulkultur**“ in Niedersachsen setzt sich ebenfalls für Gleichstellung ein. Das 15-jährige Jubiläum war Anlass für das Forum, Zwischenbilanz zu ziehen – auch bei „fifty fifty“.

Außerdem haben die Autorinnen **Ita Niehaus** und **Andrea Schwyzer** in die Geschichte geguckt, denn auch da finden sich viele Frauen, die die Wissenschaft veränderten.

Die aktuelle Podcast-Ausgabe und alle Folgen „fifty fifty“ sind zu hören auf unserer Website www.landesfrauenrat-nds.de, auf **YouTube** und **Spotify**.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. 
Zusammenschluss Niedersächsischer Frauenverbände
und Frauengruppen gemischter Verbände

Geschäftsstelle:

Hilde-Schneider-Allee 25 · 30173 Hannover
Tel. 0511 321031 · Fax: 0511 321021
mail@landesfrauenrat-nds.de
www.landesfrauenrat-nds.de

Redaktion:

Antje Peters, Geschäftsführerin
(verantwortlich für den Inhalt)
Redaktionsschluss: 15.07.2022
Satz: Medienservice Bennit Hirmke
Druck: QUBUS media GmbH, Hannover
Titel-Fotos: Erika Ehlerding, LFRN,
Grafik Postkarte: Lore Kuntner

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung des Landesfrauenrates Niedersachsen e.V. und der Redaktion dar. Die Redaktion behält sich Veröffentlichung und ggf. Kürzung eingesandter Texte vor.

Landesfrauenrat Niedersachsen e.V.

Vorsitzende: Marion Övermöhle-Mühlbach
Stellvertretende Vorsitzende: Dr. Barbara Hartung
Schatzmeisterin: Cornelia Klaus
Vorstandsmitglieder: Veronika Bujny, Ingeborg Cramm,
Jessica Lach, Nicole van der Made, Hella Mahler,
Dr. Elisabeth Siegmund-Schultze
Geschäftsführerin: Antje Peters



Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

frauenIMPULSE

frauenIMPULSE



FRAUEN ENTSCHEIDEN DIE WAHL!

WAHLPRÜFSTEINE ZUR FRAUEN- UND
GENDERPOLITIK IN NIEDERSACHSEN FÜR
DIE LANDTAGSWAHL AM 9. OKTOBER 2022

**Landesfrauenrat
Niedersachsen e.V.** 
Zusammenschluss Niedersächsischer
Frauenverbände und Frauengruppen gemischter Verbände

LAG Gleichstellung
Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen-
und Gleichstellungsbüros Niedersachsen

www.landesfrauenrat-nds.de